

Abstimmung vom 30.11.2014

Ecopop-Initiative kann nicht an den Erfolg der Masseneinwanderungs- initiative anknüpfen

Abgelehnt: Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen»

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Ecopop-Initiative kann nicht an den Erfolg der Masseneinwanderungsinitiative anknüpfen. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Der Verein Umwelt und Bevölkerung (Ecopop) lanciert im April 2011 die Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen". Die Initianten wollen damit die Zuwanderung massiv beschränken und den Bund verpflichten, einen Teil des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der freiwilligen Familienplanung einzusetzen. Der Verein sieht die Zuwanderung als Hauptursache des Bevölkerungswachstums für zahlreiche ökologische Probleme verantwortlich. Ende 2012 kommt das Begehren mit 119 816 gültigen Unterschriften zustande.

Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung. Die Initiative sei nicht vereinbar mit dem Freizügigkeitsabkommen und dem EFTA-Übereinkommen, und eine Annahme der Initiative hätte negative Folgen für die Schweizer Wirtschaft.

Im Parlament haben zunächst beide Räte Minderheitsanträge aus den Reihen der CVP und EVP zu behandeln, die die Initiative für ungültig erklären wollen, da sie die Einheit der Materie missachte. Zwischen der Beschränkung der Zuwanderung und der Förderung der Familienplanung im Ausland bestehe kein Zusammenhang. Die Mehrheit beider Räte vertritt jedoch eine andere Meinung. Es sei eine Verbindung gegeben, da die beiden Massnahmen dasselbe Ziel verfolgten, nämlich die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ferner sei der Grundsatz «in dubio pro populo» zu wahren. In der Detailberatung stellt sich keine Partei hinter die Initiative. In der Bevölkerung sei zwar durchaus Skepsis gegenüber dem Bevölkerungswachstum vorhanden, die Initiative sei aber ungeeignet, um die ökologischen Probleme zu lösen. Die Massnahmen zur Förderung der Familienplanung im Ausland werden von diversen Rednerinnen und Rednern als kolonialistisch angehauchte Anmassung bezeichnet. In der Schlussabstimmung folgt der Nationalrat mit 190 zu 3 Stimmen dem Bundesrat und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, der Ständerat tut dasselbe mit 44 zu 1 Stimme.

GEGENSTAND

Die Initiative will die Nettozuwanderung auf 0,2% der Gesamtbevölkerung beschränken. Ausserdem soll der Bund 10% seiner Aufwendungen für Entwicklungshilfe in die Förderung der freiwilligen Familienplanung investieren. Der Bund soll ausserdem keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen oder weiterführen, die dem Initiativtext widersprechen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Schweizer Demokraten und die Autopartei stellen sich als einzige Parteien hinter die Ecopop-Initiative. Erstere schreiben in ihrer Parteizeitung von einer „Chance für die Schweiz“. Im Gegensatz zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die im Februar 2014 von einer knappen Mehrheit angenommen worden ist (siehe Vorlage 580), enthalte die Ecopop-Initiative konkrete Massnahmen gegen die Zuwanderung. Weil die Masseneinwanderungsinitiative von den Behörden absehbar nicht so umgesetzt werde wie erhofft, brauche es nun ein Ja zur Ecopop-Initia-

tive. Unterstützung erfährt die Initiative ferner von der AUNS und von sieben SVP-Kantonalsektionen. In der Ja-Kampagne werden ökologische Wachstumskritik und fremdenfeindliche Motive kombiniert.

Alle anderen Parteien, die Gewerkschaften sowie die Wirtschaftsverbände bekämpfen die Vorlage. Die linken Gegner betonen die ihrer Ansicht nach kolonialistischen und xenophoben Aspekte der Initiative, die bürgerlichen Parteien stellen Warnungen vor negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft in den Vordergrund. Die SVP stellt sich auf den Standpunkt, dass es nach der Annahme ihrer Masseneinwanderungsinitiative die vorgeschlagenen Massnahmen nicht brauche.

Die Inseratekampagne zur Ecopop-Initiative ist intensiver als im Durchschnitt, wobei mehr als 90% der Inserate auf das gegnerische Lager entfallen (Bernhard 2015). Das relativ starke Engagement der Gegner erklärt sich mit der Befürchtung, dass die zweite einwanderungskritische Vorlage des Jahres bei der Bevölkerung denselben Nerv treffen könnte wie die Masseneinwanderungsinitiative, deren Annahme wenige Monate davor für viele überraschend kam.

ERGEBNIS

Die Ecopop-Initiative wird von den Stimmberechtigten indessen klar mit 74,9% Nein-Stimmen verworfen. Im Tessin erreicht die Vorlage mit 36,9% Ja-Stimmen das beste Resultat, in der Waadt wird sie mit nur 17,4% Zustimmung am klarsten verworfen. Die Stimmbeteiligung fällt mit knapp 50% relativ hoch aus.

Die Vox-Analyse (Sciarini et al. 2015) zeigt, dass die Ecopop-Initiative sowohl bei befürwortenden wie auch bei ablehnenden Stimmberechtigten in erster Linie als Instrument zur Eindämmung der Zuwanderung wahrgenommen wurde. Die Umweltanliegen der Volksinitiative fanden weit weniger Beachtung, ebenso der vorgeschlagene Beitrag an die Familienplanung in armen Ländern. Weiter zeigt die Nachbefragung, dass die Initiative vor allem bei der SVP-Anhängerschaft Rückhalt genoss. Diese Gruppe nahm das Begehren entgegen der nationalen Parteiparole zu 56% an. Die Anhänger aller anderen Regierungsparteien verwarfen die Vorlage deutlich.

QUELLEN

Bernhard, Laurent (2015). *APS-Inserateanalyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 30. November 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Bernhard, Laurent, und David Zumbach (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" (Ecopop), 2011-2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 5.5.2019.

Sciarini, Pascal, Alessandro Nai und Simon Lanz (2015). *VOX 117. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. November 2014*. Bern, Genf: gfs.bern und Département de science politique et relations internationales de l'Université de Genève.

Pressebeitrag: Die Wochenzeitung vom 20.2.2014.

FDP.Die Liberalen (2014). *Die FDP lehnt die Ecopop-Initiative sowie einen Gegenvorschlag entschieden ab. Medienmitteilung vom 24.2.2014*. Bern: FDP.Die Liberalen.

Schweizer Demokraten (2014). *Schweizer Demokrat – Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz*, Nr. 9/10 2014.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 13.086).

Bundesblatt: BBl 2013 8693.